

Berlin und Brandenburg  
Wenn es um linke Gewalt geht, kennen Politiker von  
Grünen, Linkspartei und Piraten nur einen Gegner

Die richtige, die harte Reaktion  
Endlich greift Innensenator Frank Henkel an der Rigaer Straße durch

Das Magazin der CDU Berlin  
01/2016 42. Jahrg. Sonderausgabe

# BERLINER RUNDSCHAU



### Henkels Sturm auf die Chaoten-Bastille

Berlins Sheriff überzogen? 550 Mann gegen ein besetztes Haus, aus dem ein Polizist angegriffen wurde

### Wieder Polizei-Razzia in der Rigaer Straße

### Morgenpost

HEUTE MIT LIVE  
Das Kino- und Kulturprogramm für die Woche im Extrahft

### BERLINS GRÖSSTE ZEITUNG

# B.Z.

80 CENT  
FRITAG, 15. JANUAR 2016  
GEGRÜNDET 1877  
Vertriebsbereich: 22 CA  
ISSN 1872-0012

### Berlins Polizei greift im Chaoten-Kiez durch +++ Täglich Festnahmen und Kontrollen +++ Erste Räumung noch im Februar geplant

### Erstmal zu Penny

### Trauer um tote Türkei-Urlauber

BERLINS GRÖSSTE ZEITUNG

# Rechtsstaat verteidigen

# GEHEIM-ARBEIT RIGAER STRASSE

### Polizei schlägt zurück

+++ Seit Monaten attackieren Chaoten Polizisten  
kündigte Innensenator Henkel eine Antwort an  
+++ Am Abend kam es zum Großinsatz +++

### Polizei: Erneut Polizisten angegriffen

am Wochenende „waffentaugliche Gegenstände“ sichergestellt

### Polizeiinsatz in der Rigaer Straße Hart auf hart

### Einsatz an der Rigaer Straße

Nach einem Angriff auf einen Kontaktpersonen hat die Polizei am Mittwochabend ein Haus in Friedrichshagen durchsucht, das der Linksextrême Szene angeschlossen war.

### morgenpost.de

Nachrichten rund um die Uhr

### BUNDSTAG

Union und SPD wollen das Ausweisungsgesetz beschleunigen

### Mittwoch

500 Polizisten – darunter Einsatzkräfte und ein von der Rigaer Straße



# Henkel: „Angriff auf Polizist erforderte klare Antwort des Rechtsstaates“

Mitte Januar attackierten vermummte Linksextremisten einen Polizisten in der Rigaer Straße 94 in Friedrichshain am helllichten Tag. Über die von Innensenator Frank Henkel daraufhin angeordneten Polizeieinsätze gibt es eine breite Debatte.

Innensenator Frank Henkel hat nach der Attacke auf einen Polizisten eine „klare Antwort des Rechtsstaates“ angekündigt. „Die hat es auch gegeben. Nach einer derartig feigen, hinterhältigen und skrupellosen Tat waren die Einsätze folgerichtig. Sie haben meine hundertprozentige Unterstützung“, stellte Frank Henkel, der auch Landesvorsitzender der Berliner CDU ist, klar.

Seit Jahren ist die Rigaer Straße ein Brennpunkt. Hass und Gewalt gegen Polizisten prägen diesen Kiez in Friedrichshain. Die Polizei ist daher seit längerem sehr präsent. Um den Druck zu verstärken, hat sie die Einsatzmaßnahmen deutlich erhöht. Bei den Durchsuchungen in der Rigaer Straße vor einigen Tagen stellten die Einsatzkräfte Krähennetze, Pflastersteine, Eisenstangen sowie andere Gegenstände, die als Waffe dienen können, sicher. Dies sei ein deutliches Zeichen, dass von der linken Szene eine Gefahr für Anwohner und Sicherheitskräfte ausgeht, so die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in einer Pressemitteilung. Den Einsatz der Polizei bezeichnete die Gewerkschaft als besonnen und professionell.

Frank Henkel verteidigt in der rbb-Abendschau den Polizeieinsatz in der Rigaer Straße



Zustimmung auch in einem Kommentar der Berliner Morgenpost (Ausgabe vom 14.01.2016): „Hier muss der Rechtsstaat, also Politiker, Polizisten und auch die Justiz, mit aller Härte durchgreifen.“ (Mehr dazu auf Seite 3)

Kritik an den Einsatzmaßnahmen gab es von den Linken und Grünen. Die grüne Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann, erklärte beispielsweise über den Nachrichtendienst Twitter, dass in anderen Brennpunkten ihres Bezirkes „nix“ passieren würde. Ihre Kritik wies Frank Henkel entschieden zurück. „Es ist nicht das erste Mal, dass sich Frau Herrmann geringschätzig über die Arbeit der Polizei in ihrem Bezirk äußert. Die unverschämte Kritik kann und werde ich so nicht stehen lassen“, so der Innensenator. Die Polizei habe die Einsatzkräftestunden in den Kriminalitätsschwerpunkten in Friedrichshain-Kreuzberg massiv gesteigert, nicht nur in der Rigaer Straße.

Die Statistik der Innenverwaltung



zeigt, dass die Polizei im Görlitzer Park im Rahmen des Null-Toleranz-Konzepts 58.112 Einsatzkräftestunden im Jahr 2015 geleistet hat. Das waren fast doppelt so viele wie 2014 (30.079). Am RAW-Gelände in der Revaler Straße waren es 36.526 Einsatzkräftestunden im Jahr 2015 und damit rund sechs Mal so viel wie 2014 (5.995). Rund um das Kottbusser Tor verzeichnet die Statistik 5.542 Einsatzkräftestunden im Jahr 2015. Auch zur Bekämpfung der Kriminalität im dortigen ÖPNV wurde die Polizeipräsenz deutlich ausgebaut. Lag die Zahl der Einsatzkräftestunden in Bussen und Bahnen in den Jahren 2006 bis 2011 durchschnittlich bei 86.493 pro



Jahr, so waren es in den Jahren 2012 bis 2014 mit durchschnittlich 155.057 fast doppelt so viel.

Frank Henkel: „Eine Bezirksbürgermeisterin, die all das als „nix“ bezeichnet, tritt die harte Arbeit der Berliner Polizei mit Füßen. Frau Herrmann hat keinen Grund, sich entspannt zurückzulehnen und mit dem Finger nur auf andere zu zeigen. Sie sollte sich fragen, was sie für mehr Prävention und gegen Verwahrlosung in ihrem Bezirk tun kann.“

Der Innensenator und Parteivorsitzende der Berliner Christdemokraten wies zudem daraufhin, dass die Ressourcen nach jahrelanger Sparpolitik gerade bei der Polizei äußerst knapp seien. In neun Jahren hat die frühere rot-rote Regierung rund 1.800 Stellen bei der Polizei abgebaut. Frank Henkel ist es gelungen, in dieser Legislaturperiode rund 1.000 zusätzliche Stellen zu schaffen.

Auch der Generalsekretär der CDU Berlin, Kai Wegner, stellte sich klar auf die Seite des Innensensors und der Polizei. „Mein Dank gilt Frank Henkel und der Polizeiführung für ihre deutliche Antwort auf die linksextreme Provokation.“ Von den Kritikern der Linkspartei und der Grünen hätte er erwartet, dass sie den hinterhältigen und feigen Anschlag auf einen Kontaktbereichsbeamten in der Rigaer Straße mit genauso lauter Stimme verurteilt hätten, wie sie jetzt versuchten, den Vorgang aus parteitaktischen Gründen zu instrumentalisieren. Ein klares Bekenntnis von Linken und Grünen zu den Berliner Polizistinnen und Polizisten, die für unsere Sicherheit den Kopf hinhalten, sei überfällig. Zudem forderte die Berliner CDU eine Erklärung von der Spitze der Grünen zu den Äußerungen

der Grünen Jugend. In einer Pressemitteilung hatte die Jugendorganisation Innensenator Frank Henkel wegen der Polizeieinsätze in der Rigaer Straße als „Sicherheitsrisiko“ bezeichnet. Außerdem hatte die Jugendorganisation davon gesprochen, dass sich „durch das antifaschistische Engagement der Hausbesetzerszene

Friedrichshain zu einem offenen und vielfältigen Bezirk entwickeln“ konnte. Die Berliner Morgenpost „zeichnete“ die Vorsitzende der Grünen Jugend dafür in der täglichen Kolumne „Kopfnote“ mit einer 6 aus. Kai Wegner wendet sich deswegen direkt an die Vorsitzende der Grünen im Abgeordnetenhaus und designierte Spitzenkandidatin, Ramona Pop. „Frau Pop soll erklären, ob sie die wirre Geisteshaltung der Grünen Jugend teilt“, fordert Kai Wegner.

Für den Innensenator und CDU-Landesvorsitzenden, Frank Henkel, kann Vielfalt gerade in der Metropole Berlin indes nur dann gelebt werden, wenn sie auf einem sicheren Fundament fußt. „Die Polizeieinsätze in der Rigaer Straße waren daher eine notwendige Antwort. Rechtsfreie Räume, egal ob in Friedrichshain oder in einem anderen Kiez in unserer Stadt, darf es nicht geben.“



## DAS SAGT DIE PRESSE

„So demonstriert der Rechtsstaat, dass er keine rechtsfreien Räume duldet.“

„Der Polizeieinsatz, so Henkel am Donnerstag im Abgeordnetenhaus, ‚war die Antwort des Rechtsstaats auf eine feige Tat‘. Auch damit hat er recht.“

„Hier muss der Rechtsstaat, also Politiker, Polizisten und auch die Justiz, mit aller Härte durchgreifen. No-go-Areas darf es in Berlin, darf es in Deutschland nicht geben.“

„Es ist deshalb gut, dass die Polizei in Friedrichshain durchgreift – und hoffentlich nicht mehr nachlässt.“

**alle Morgenpost 15.01.16**

„Der Polizei-Einsatz in der Rigaer Straße war ein Erfolg.“ „Dass dazu 500 Beamte eingesetzt werden mussten und die Opposition die Aktion als Wahlkampf diffamiert? Egal.“

**Tagesspiegel, 15.1.16**

„... der massive Polizeieinsatz war keinesfalls überdimensioniert. Seit Jahren leiden die Bewohner des Kiezes um die Rigaer Straße an linksextremistisch motivierter Kriminalität.“

**Berliner Zeitung 15.1.16**

„Wer das staatliche Gewaltmonopol im demokratischen Rechtsstaat will, muss Polizisten, Beamte und Richter, die es ausüben, zwar kontrollieren (sie sind an Recht und Gesetz gebunden), aber auch in besonderer Weise schützen. Es darf nicht hingenommen werden, dass sogenannte Linksautonome in Friedrichshain-Kreuzberg einen Polizisten, der gerade Strafzettel ausstellt, zu viert niedertreten und dann in einem einschlägig bekannten Haus, genannt Wohnprojekt, verschwinden. Deshalb war es geboten, diese Fluchtburg polizeilich zu stürmen.“

**Berliner Zeitung 19.1.16**

V.i.S.d.P.: CDU Landesverband Berlin, Dirk Reitze, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin; Redaktion: Reitze, Schmelter, Pietsch, von Diest; Fotos: Reitze, privat, PMAC-Design



# CDU-Mitglieder zum Flüchtlingsthema befragt

Das bestimmende Thema der politischen Agenda ist auch im neuen Jahr der Umgang mit den hohen Flüchtlingszahlen. Im vergangenen Jahr sind allein in Berlin rund 80.000 Flüchtlinge angekommen. Die CDU Berlin hat Anfang Januar nun ihre Mitglieder zum Thema gefragt.

**Über 1100 Mitglieder stimmten bei der anonymen Online-Umfrage zum Thema ab. Noch nie hatten sich so viele an einer der regelmäßigen internen Mitglieder-Umfragen beteiligt.**

Dabei rechnen nur 17 Prozent damit, dass im laufenden Jahr die Flüchtlingszahlen zurückgehen. Knapp jeder Dritte rechnet mit gleichbleibenden Zahlen, aber die Hälfte mit einer weiteren Zunahme. Während die allermeisten der Mitglieder noch keinen (persönlichen) Kontakt zu den Flüchtlingen hatten, sagen 13 Prozent, dass sie sich dafür engagieren oder gute Erfahrungen gemacht haben. 23 Prozent geben an, Negatives berichten zu können. Einen detaillierten Blick ermöglichen die zahlreichen Kommentare, die bei einer offenen Frage gegeben werden konnten. Als Chancen wurden besonders der positive Einfluss auf den demographischen Wandel und auch auf zusätzliche Arbeitskräfte, z.B. im Pflegebereich, aber auch die wachsende Vielfalt beschrieben. Positiv wurde auch die Möglichkeit und der Zwang gesehen, „die Verwaltung zu erneuern“.

Sehr häufig wurden hingegen Herausforderungen und Probleme benannt. „Belastung für Sozialsysteme und Infrastruktur, fehlender Wohnungsbau, Erstarren populistischer Parteien, schwierige Wertevermittlung, Maßnahmen für Integration verbessern, Sicherheitsfragen“,

waren häufig genannte Themen. Sehr oft wurde die schiere Menge der Ankommenen als Problem beschrieben.

„Berlin ist an die Kapazitätsgrenze gekommen“, stellt auch der CDU-Landesvorsitzende, Senator für Inneres und Sport sowie Bürgermeister von Berlin, Frank Henkel, fest. Die CDU Berlin und allen voran ihr Vorsitzender Henkel spricht sich bereits seit Monaten dafür aus, dass die Zahl der Flüchtlinge reduziert werden muss. Auf seiner Klausurtagung im November 2015 hat der CDU Landesvorstand nach einer intensiven Diskussion einstimmig die „Neuruppiner Erklärung“ verabschiedet, mit der die Berliner Christdemokraten konkrete Maßnahmen zur bundesweiten Reduzierung der Flüchtlingszahlen gefordert haben. Dazu zählt u.a. die verstärkte Unterbindung illegaler Grenzübertritte durch die Bundespolizei und eine Einreiseverweigerung für Personen, die keinen Asylanspruch haben. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive sollen konsequent und schnell abgeschoben werden.

„Wir können einigen Menschen Schutz bieten. Aber wir können nicht allen Menschen hier in Deutschland eine neue Heimat bieten“, stellt Henkel klar. Der CDU-Politiker weiter: „Aber einige, die gekommen sind, werden auch bleiben. Deshalb müssen wir Integrationsleistungen einfordern. Unser Grundgesetz und unsere Werteordnung sind nicht optional.“ In der „Karlsruher Erklärung“ des Bundesparteitages der CDU Deutschlands im Dezember 2015 finden sich zahlreiche Positionen der Berliner Union wieder. Auch die Möglichkeit, durch Folgeanträge den Aufenthalt von abgelehnten Asylbewerbern in Deutschland zu verlängern, lehnt die Berliner CDU strikt ab. Die spürbare Reduzierung von Flüchtlingszahlen ist auch als klares Ziel in der vom CDU Bundesvorstand Anfang Januar beschlossenen „Mainzer Erklärung“ benannt. Das Zusammenleben und der Zusammenhalt in unserem Land könne nur gelingen, wenn unsere Gesetze und Werte von allen akzeptiert werden.



Wenn Straftaten von Flüchtlingen, Asylbewerbern oder Asylberechtigten begangen werden, dann müssen alle Möglichkeiten der Ausweisung und Abschiebung genutzt werden, so die Mainzer Erklärung. Auf der Senatsklausur Anfang des Jahres 2016 setzte die CDU Berlin ebenfalls Akzente in der Flüchtlingspolitik. Frank Henkel setzte sich u.a. dafür ein, dass keine

weiteren Sporthallen mit Flüchtlingen belegt werden. Seit langem hatten die Christdemokraten betont, dass der Schul- und Vereinssport nicht zum Erliegen kommen dürfe, weil damit auch die Integrationsfunktion des Sports erschwert werden würde. Außerdem spricht sich der Senat für eine Wohnsitzpflicht auch für anerkannte Asylbewerber zur Entlastung Berlins aus.



Neuruppiner Erklärung



Karlsruher Erklärung



Mainzer Erklärung

Über die nebenstehenden QR-Codes können Sie die aktuellen Erklärungen der CDU im Original aufrufen. (v.l.n.r.: Neuruppiner Erklärung der CDU Berlin, Karlsruher Erklärung des CDU Bundesparteitages, Mainzer Erklärung des CDU Bundesvorstands).

**In dieser Digitalausgabe sind die QR-Codes direkt verlinkt.**